

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Positionspapier

[Stand: November 2023]

Zurück zu alter Stärke – Wettbewerbsfähigkeit neu gedacht

Auf einen Blick

- **Investitionen entscheiden über die Zukunft**
 - Unternehmenssteuern auf international wettbewerbsfähiges Niveau absenken
 - Lohnnebenkosten senken
 - Regulatorische Sicherheit gewährleisten
 - Infrastruktur modernisieren
- **Sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen**
 - Steuern und Abgaben senken, einheitliche Strompreiszone beibehalten
 - Neue Erzeugungskapazitäten schaffen
 - Netzausbau beschleunigen
 - Strom-Partnerschaften forcieren
- **Bürokratie endlich entschlossen abbauen**
 - Beschleunigungsmanager installieren
 - Unternehmen von EU-Bürokratie entlasten und Wettbewerbsfähigkeit stärken
 - Bürokratie durch Binnenmarktvertiefung und verstärkten Freihandel abbauen
 - CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM überarbeiten
- **Alle Potenziale am Arbeitsmarkt heben**
 - Aus- und Weiterbildung stärken
 - Erwerbspotenziale erhöhen
 - Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten steigern
 - Modell des Dualen Studiums nach baden-württembergischen Vorbild überarbeiten

Hintergrund

Im Zuge der Krisenbewältigung sind in den letzten Jahren immer wieder strukturelle Probleme zu Tage getreten, welche die regionale Wirtschaft belasten und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit senken. Dieser Befund wird von den Ergebnissen der IHK-Konjunkturumfrage untermauert. Die Bewertung der aktuellen Geschäftslage ist seit rund zwei Jahren tendenziell rückläufig, die Investitionsabsichten im Inland verharren auf niedrigem Niveau und verschlechtern sich weiter, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die hohen Energiepreise werden von den Unternehmen als die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bewertet und der Arbeitskräftemangel bleibt weiterhin hoch.

Investitionen entscheiden über die Zukunft

Im Jahr 2022 sind im Saldo rund 132 Milliarden US-Dollar an Direktinvestitionen aus Deutschland abgeflossen.¹ In Bayerisch-Schwaben verharren die Investitionsabsichten der Unternehmen auf niedrigem Niveau. Zusätzlich möchten derzeit mehr regionale Unternehmen im Ausland investieren als im Inland. Um das Investitionsklima spürbar zu verbessern, müssen aus Sicht der regionalen Wirtschaft folgende Aspekte von der Politik umgesetzt werden:

- **Unternehmenssteuern auf international wettbewerbsfähiges Niveau absenken**

In Deutschland lag der kombinierte Körperschaftssteuersatz (zentrale und regionale Steuersätze) im Jahr 2023 bei 30 Prozent und damit deutlich höher als beispielsweise in den Vereinigten Staaten mit 26 Prozent oder im Vereinigten Königreich mit 19 Prozent. Eine deutliche Absenkung auf ein international vergleichbares Niveau zwischen 20 und 25 Prozent würde die Attraktivität des Standorts für ausländische Investoren unbürokratisch erhöhen.



Weitere
Informationen

- **Lohnnebenkosten senken**

Die hohen Arbeitskosten werden derzeit von mehr als jedem zweiten Unternehmen in Bayerisch-Schwaben als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung bewertet. Eine Reduzierung dieser Kosten, beispielsweise durch eine Absenkung des Arbeitgeberanteils, würde die Unternehmen spürbar entlasten und den finanziellen Spielraum für Investitionen erhöhen. Zusätzlich muss der Solidaritätszuschlag komplett entfallen.



Weitere
Informationen

- **Regulatorische Sicherheit gewährleisten**

Die ökologische Transformation ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert massive private Investitionen. Diese werden jedoch nur zunehmen, wenn den Investoren am Standort eine mittel- bis langfristige regulatorische Planungssicherheit für Investitionen geboten wird. Marktinstrumente wie die CO₂-Bepreisung müssen die zentralen Instrumente sein.



Weitere
Informationen

¹ *Institut der deutschen Wirtschaft*, 2023: Investitionen. Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie, in: IW Kurzbericht 43 (2023).

- **Infrastruktur modernisieren**

Eine moderne, effiziente und auch digitale Infrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts entscheidend. Die Bereitstellung dieser ist oberste Aufgabe aller staatlicher Akteure. So müssen beispielsweise der Neubau der ICE-Strecke Ulm-Augsburg als Teil der „Magistrale für Europa“, der Bau eines KV-Terminals („Containerbahnhofs“) in Augsburg und der Ausbau der Bundesstraße B 12 aus Sicht der regionalen Wirtschaft schnellstmöglich umgesetzt werden. Ansonsten droht der Standort Bayerisch-Schwaben von wichtigen Logistikrouten abgehängt zu werden.



Weitere
Informationen

Sichere **Energieversorgung** zu wettbewerbsfähigen Preisen

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen haben die Preise für Energie drastisch steigen lassen und die Fragilität der deutschen Energieversorgung aufgezeigt. Zwar sind die Energiepreise im Zeitverlauf wieder etwas gesunken, sie befinden sich jedoch weiterhin auf im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohem Niveau. Gegenwärtig bewerten 61 Prozent der Unternehmen die hohen Energie- und Rohstoffpreise als wirtschaftliches Risiko. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts im Bereich der Energieversorgung zu sichern muss die Politik aus Sicht der regionalen Wirtschaft folgende Aspekte umsetzen:

- **Steuern und Abgaben senken, einheitliche Strompreiszone beibehalten**

Die Senkung der Steuern und Abgaben stellt eine schnell umsetzbare und unbürokratische Erleichterung für alle heimischen Unternehmen dar. Die Maßnahmen im Rahmen des Strompreispaketes der Bundesregierung werden daher begrüßt, sollten aber für die gesamte Wirtschaft wirksam werden. Konkret kann die Stromsteuer für sämtliche Branchen von derzeit 2,05 ct/kWh auf das europäische Mindestmaß von 0,05 ct/kWh abgesenkt werden. Staatliche Zuschüsse wie bspw. bei den Übertragungsnetzentgelten dämpfen Kostensteigerungen und müssen angesichts der zu erwartenden Netzentgeltsteigerungen ausgeweitet werden. Eine drohende Trennung des deutschen Netzes in zwei oder mehrere Strompreiszone muss zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Süddeutschland dringend verhindert werden.



Weitere
Informationen

- **Neue Erzeugungskapazitäten schaffen**

Das Angebot an Erneuerbaren Energien muss ebenso wie das Angebot an grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen ausgebaut werden. Dabei müssen alle Potenziale ausgeschöpft werden. Dazu gehören Windkraft- und Solaranlagen ebenso wie auf Wasserstoff umrüstbare Gaskraftwerke oder Geothermie. In unbesiedelten Gebieten sollte beispielsweise die Errichtung von Windkraftanlagen möglichst genehmigungsfrei gestellt werden. Die Forcierung eines europäischer Strombinnenmarktes könnte außerdem zu einer stabilen und sicheren Stromversorgung in Deutschland beitragen.



Weitere
Informationen

- **Netzausbau beschleunigen**

Nach Angaben des BMWK sind in Deutschland derzeit 119 Netzausbauvorhaben mit einer Länge von 13.679 Kilometern geplant. In Betrieb befinden sich jedoch erst 1.925 Kilometer.² Dies entspricht einem Anteil von rund 14 Prozent und verdeutlicht, dass der Ausbau sowohl von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsstrassen (HGÜ) bis hin zum Verteilnetz zum einen drastisch beschleunigt werden muss. Zum anderen muss das Stromnetz in Deutschland an die zukünftigen Anforderungen angepasst werden. Die Elektromobilität und die Integration der Erneuerbaren erhöhen den Bedarf eines stabilen und sicheren Stromnetzes. Dazu sind die Planungs- und Genehmigungsverfahren auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz auszusetzen. Für Bayerisch-Schwaben ist dabei der schnelle Ausbau der beiden Trassen Sued- und SuedOstLink essentiell.



Weitere
Informationen

- **Strom-Partnerschaften forcieren**

Sogenannte langfristige „power purchase agreements“ (PPA) bzw. Direktstromlieferverträge zwischen Anlagenbetreibern und Stromverbrauchern aus der Wirtschaft bieten die Möglichkeit einerseits die Stromversorgung für Unternehmen zu sichern und andererseits die Kosten zu senken. Konkret kann durch PPAs der Strombezugspreis im Schnitt auf 4,4 Cent bei PV-Strom und 5,6 Cent bei Wind-Strom gesenkt werden. Ermöglicht wird dies durch einen Investitionszuschuss für Anlagenbetreiber sowie eine Reduzierung der Netzentgelte für Gewerbe- und Industrieunternehmen. Nach Berechnungen der DIHK wird das Modell der Strom-Partnerschaft ein privatwirtschaftliches Investitionsvolumen von knapp 30 Milliarden Euro vorziehen. Dieses Modell sollte von der Bundesregierung als Instrument zur Sicherung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen implementiert werden.



Weitere
Informationen

Bürokratie endlich entschlossen abbauen

Die Unternehmen aus Produktion, Handel und Dienstleistungen werden stark von bürokratischen Hürden auf nationaler wie europäischer Ebene belastet. Dies hemmt die Innovationskraft und wirkt negativ auf die Investitionsabsichten. So muss beispielsweise ein mittelständisches Unternehmen im Gastgewerbe pro Woche rund 14 Stunden aufwenden, um Bürokratiepflichten zu erfüllen. Die bayerisch-schwäbische Wirtschaft fordert daher umgehend einen entschlossenen und zeitnahen Abbau der bürokratischen Belastungen. Folgende Aspekte sind dabei zielführend:

- **Beschleunigungsmanager installieren**

Deutschland benötigt ein funktionierendes Projektmanagement nach Vorbild der Wirtschaft, das Probleme erfasst, analysiert und auch löst. Dabei kommt einem Beschleunigungsmanager in der Bundesregierung, der dafür sorgt, dass sich die Windräder drehen, der Glasfaserausbau funktioniert und baufällige Brücken schnell wieder stabil stehen, eine entscheidende Rolle zu.



Weitere
Informationen

² BMWK, 2023: Aktueller Stand des Netzausbaus (Übertragungsnetz). Online unter netzausbau-schreitet-voran.pdf (bmwk.de) (Stand: September 2023).

- **Unternehmen von EU-Bürokratie entlasten und Wettbewerbsfähigkeit stärken**

Die Unternehmen werden derzeit insbesondere durch europäische Regulierungen und Verordnungen belastet. Die DIHK hat gemeinsam mit den regionalen Industrie- und Handelskammern knapp 50 konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeitet.³ Deren Umsetzung würde die Unternehmen spürbar entlasten, sollten die erreichten Entlastungen nicht gleichzeitig durch neue Belastungen neutralisiert werden. Zentrale Beispiele sind die Datenschutzgrundverordnung, die A1-Bescheinigung sowie das Lieferkettengesetz.



Weitere
Informationen

- **Bürokratie durch Binnenmarktvertiefung und verstärkten Freihandel abbauen**

Die Vertiefung des Europäischen Binnenmarkts ist ein kostenloses Konjunktur- und Bürokratieabbauprogramm. So würde beispielsweise eine Erleichterung mit Blick auf die A1-Bescheinigung zur Mitarbeiterentsendung einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung des EU-Binnenmarkts leisten. Gleiches gilt für die Mitarbeiterentsendungsrichtlinie und die Verpackungsrichtlinie. Des Weiteren würden internationale Handelsabkommen wie beispielsweise mit den MERCOSUR-Staaten und den USA bürokratische Hemmnisse im Handel abbauen und somit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken.



Weitere
Informationen

- **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM praxisnäher ausgestalten**

Das im internationalen Vergleich hohe EU-Klimaambitionsniveau macht Maßnahmen gegen Carbon Leakage nötig. CBAM gleicht in manchen Bereichen internationale Wettbewerbsnachteile aus, schafft aber an anderer Stelle neue. Ziel der EU für ein globales Level Playing Field sollte es daher sein, rasch den internationalen Klimaklub mit relevanten Handelspartnern in verbindlicher Form umzusetzen. Die vorgesehene Umsetzung des CBAM ist überaus ambitioniert. Sie erlaubt Unternehmen keine adäquate Vorbereitung. In verschiedenen Bereichen sind Zeitaufschub und Toleranzregeln nötig, damit die Unternehmen die Möglichkeit erhalten, alle CBAM-Anforderungen erfüllen zu können. Das hochkomplexe CBAM-System stellt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen eine große administrative Belastung dar. Daher muss das Instrument insgesamt vereinfacht und praxisnäher ausgestaltet werden. So sind beispielsweise Bagatellgrenzen zwingend erforderlich.



Weitere
Informationen

³ DIHK, 2023: Unternehmen von EU-Bürokratie entlasten und europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken. Online unter <https://cutt.ly/XwTYVTj0> (Stand: Oktober 2023).

Alle Potenziale am **Arbeitsmarkt** heben

Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist eine der größten strukturellen Herausforderungen für die regionale Wirtschaft. Im Herbst 2023 berichten 55 Prozent der Unternehmen, dass sie derzeit offene Stellen nicht besetzen können – ein Anstieg um vier Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Zudem wird der Mangel an Arbeitskräften von 56 Prozent der Unternehmen als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die heimischen Unternehmen zu reduzieren muss die Politik aus Sicht der Wirtschaft folgende Aspekte angehen:

- **Aus- und Weiterbildung stärken**

Um unser Erfolgsmodell fit für die Zukunft zu machen, muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass beispielsweise Ausbildungsordnungen insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung schneller und mit Vorlauf für die vielen Ausbildungsbetriebe modernisiert sowie das Angebot an Ausbildungsberufen adäquat weiterentwickelt werden. Im Bereich der Weiterbildung ist das Qualifizierungschancengesetz (QCG) ist ebenso wie das Arbeit-von-morgen-Gesetz ein wichtiger Baustein zur Fachkräftesicherung. Daher müssen die Fördermaßnahmen ausgeweitet und mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um beispielsweise Weiterbildungsmöglichkeiten zum Fachwirt, Meister oder Betriebswirt kostenlos anzubieten.



Weitere
Informationen

- **Erwerbspotenziale erhöhen**

Frauen sind in Deutschland deutlich seltener erwerbstätig als Männer. Hinzu kommt, dass knapp die Hälfte der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit arbeiten. Durch den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder könnte die Teilzeitquote der Frauen perspektivisch reduziert werden, wodurch sich das Arbeitskräfteangebot gemessen in Stunden erhöhen würde. Ein weiterer Baustein ist die Erhöhung des Erwerbspotenzials von Rentnerinnen und Rentnern durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize. Zusätzlich müssen die Potenziale von Arbeitskräften aus dem Ausland sowie von Schulabgängern ohne Abschluss besser gehoben werden. Hier müssen beispielsweise Anerkennungs- und aufenthaltsrechtliche Verfahren optimiert sowie niedrigschwellige Weiterbildungsangebote attraktiv ausgestaltet werden. Das im November 2023 teilweise in Kraft getretene, neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein richtiger Schritt. Es sollte jedoch ständig weiterentwickelt und an die Gegebenheiten angepasst werden.



Weitere
Informationen

- **Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten steigern**

Der Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten mit akademischem Hochschulabschluss lag in Bayerisch-Schwaben im Jahr 2022 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei 13,3 Prozent und damit deutlich unter den Werten für Deutschland (18,7 Prozent) und Bayern (19,6 Prozent). Der Bedarf der Unternehmen an diesen Menschen ist jedoch hoch. Um die Quote zu steigern, müssen die Hochschulen in der Region durch die Bayerischen Staatsregierung finanziell besser ausgestattet und die Kapazitäten für Studierende erhöht werden.



Weitere
Informationen

- **Modell des Dualen Studiums nach baden-württembergischen Vorbild überarbeiten**

Gegenwärtig werden in Bayern das Verbundstudium sowie das Studium mit vertiefter Praxis als Formen eines dualen Studiums angeboten. Die Nachfrage ist mit je rund 4.000 Studierenden jedoch deutlich geringer als im Modell der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) mit rund 32.000 Studierenden in über 30 Studiengängen mit 9.000 Praxispartnern. Aus Sicht der regionalen Wirtschaft sollte beispielsweise der zeitliche Ablauf der bayerischen Modelle mehr an das DHBW-Modell angepasst werden. Der Freistaat sollte die Überarbeitung des bayerischen Modells ernsthaft in Betracht ziehen. Die IHK Schwaben steht dabei als Schnittstelle zu möglichen Partnerunternehmen zur Verfügung. Nur im Schulterschluss von Politik, Hochschulen und Wirtschaft kann eine Erhöhung der Zahl an hochqualifizierten Beschäftigten und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gelingen.



Weitere
Informationen

Fazit

Die bayerisch-schwäbischen Unternehmen aus Produktion, Handel und Dienstleistungen stehen vor vielfältigen konjunkturellen wie strukturellen Herausforderungen. Letztere sind in den vergangenen Monaten und Jahren immer deutlicher zu Tage getreten und erfordern ein entschlossenes und zeitnahes Handeln der Politik auf allen Ebenen. Die IHK Schwaben steht den politischen Akteuren dabei stellvertretend für ihre rund 144.000 Mitgliedsunternehmen stets als lösungsorientierter Partner zur Seite. Nur gemeinsam lassen sich die großen Herausforderungen erfolgreich meistern.

Dieses Papier wurde von der Vollversammlung der IHK Schwaben am 07.12.2023 beschlossen.

Ihre Ansprechpartner



Dr. Matthias Köppel
Bereichsleiter
Standortpolitik

IHK Schwaben
Stettenstraße 1+3 | 86150 Augsburg
Tel.: 0821 3162-205
Mail: matthias.koeppel@schwaben.ihk.de



Niklas Gouverneur
Standortpolitik

IHK Schwaben
Stettenstraße 1+3 | 86150 Augsburg
Tel.: 0821 3162-318
Mail: niklas.gouverneur@schwaben.ihk.de